DP DEUTSCHE POLIZEI Hessen

Nabelschau: Liebe Landesregierung, hören Sie endlich auf, wegzuschauen! Zwischen politischer Schönfärberei und der Realität in Hessens Polizei liegen Welten


Foto: Kay Herschelmann

Die Sommertour von Innenminister Poseck sollte Nähe zur Polizei zeigen. Doch wer genau hinsieht und hinhört, bekommt ein anderes Bild. Während dem Minister bei ausgewählten Terminen offenbar vermittelt wird, **„alles sei gut“**, sieht die Realität in den meisten Dienststellen anders aus. Dort herrscht Frust. Dort wächst die Belastung. Dort fehlen Kolleginnen und Kollegen. Dort werden Strukturen verändert, Aufgaben zentralisiert und Stellen nicht nachbesetzt. Und während die Herausforderungen für die Polizei immer größer werden, wird gleichzeitig der Rotstift angesetzt. **Unbekannte Drohnen über kritischer Infrastruktur, wachsende Bedrohungslagen, zunehmende Cyberkriminalität und steigende Anforderungen an die Polizei – und Hessen spart.** Das passt nicht zusammen. **Die Polizei braucht keine Inszenierung. Sie braucht politische Entscheidungen, die der Realität standhalten.** Die GdP wird nicht länger dabei zusehen, wie die tatsächlichen Probleme hinter freundlichen Gesprächen und positiven Botschaften verschwinden. **„Alles gut“? Fragen Sie die Beschäftigten!**

Wenn tatsächlich alles gut ist, warum erreichen die GdP und die Öffentlichkeit dann täglich andere Rückmeldungen aus den Dienststellen? Warum berichten Beschäftigte von zunehmender Arbeitsverdichtung? Warum werden neue Strukturen geschaffen, ohne das dafür notwendige Personal bereitzustellen? Warum wird Fachkompetenz aufs Spiel gesetzt? Warum zieht sich die Polizei zunehmend aus der Fläche zurück? Und warum werden Stellen nicht wiederbesetzt, obwohl die Aufgaben nicht weniger, sondern immer mehr werden? Die Antwort darauf darf nicht in einer politischen Nabelschau bestehen. **Die Beschäftigten brauchen keinen Besuch mit vorbereiteten Gesprächspartnern. Sie brauchen einen Ressortchef, der auch dort zuhört, wo die Antworten unbequem sind.** Denn wer nur das hört, was ins politische Bild passt, bekommt kein realistisches Bild von der Polizei.

P und S25: Strukturreform ohne ausreichende Substanz: Die Projekte **P und S25** stehen exemplarisch für eine Entwicklung, die bei den Beschäftigten auf massive Kritik stößt. Neue Strukturen werden geschaffen. Neue Zuständigkeiten werden definiert. Aufgaben werden verschoben. Doch eine entscheidende Frage bleibt: **Wo sind die zusätzlichen Ermittlerinnen und Ermittler? Strukturen allein lösen keine Fälle. Organigramme ermitteln keine Straftaten. Und politische Präsentationen ersetzen keine Fachkräfte.** Aus den Dienststellen wird unter anderem berichtet, dass fachliche Anforderungen und vorhandene Kompetenzen nicht ausreichend zusammenpassen. Ganze Einheiten werden zentralisiert – **das Personal geht aber nicht automatisch mit.** Die Folge ist absehbar: **Spezialwissen geht verloren. Erfahrung geht verloren. Präsenz vor Ort geht verloren.** Gleichzeitig drohen durch Zentralisierung und den Rückzug aus der Fläche gewachsene Strukturen und wertvolle Fachkompetenzen verloren zu gehen. Das ist keine Stärkung der Polizei.

Das ist ein Risiko für ihre Leistungsfähigkeit. Haushaltsplanung 2027: Jede dritte Tarifstelle weg – und der Finanzminister macht Kasse! Besonders explosiv wird die Situation bei der Haushaltsplanung für 2027. **Jede dritte Tarifstelle bei der Polizei soll nicht wiederbesetzt werden.** Man kann das politisch unterschiedlich benennen. Für die Beschäftigten ist die Realität eindeutig: **weniger Personal. Mehr Arbeit. Mehr Belastung.** Die Aufgaben verschwinden nicht, nur weil Stellen gestrichen oder nicht nachbesetzt werden. Sie landen bei den Kolleginnen und Kollegen, die bereits heute an vielen Stellen am Limit arbeiten. Und hier muss der Blick ausdrücklich auf den **Finanzminister und das Hessische Ministerium der Finanzen (HMdF)** gerichtet werden. Denn eines muss klar sein: **Wer bei der Polizei Stellen streicht, entscheidet sich auch gegen zusätzliche Kapazitäten bei der inneren Sicherheit.** Es reicht nicht, politisch mehr Sicherheit zu versprechen und gleichzeitig die dafür notwendigen Ressourcen nicht bereitzustellen. Gerade in einer Zeit, in der die Sicherheitslage immer komplexer wird, ist das politisch nicht nachvollziehbar.

Innenminister gegen Finanzminister? Die Polizei darf nicht zum Verlierer werden! Die Verantwortung darf nicht hin- und hergeschoben werden. Der **Innenminister muss für seine Polizei einstehen. Innere Sicherheit darf keine Frage des Budgets sein!** Der **Finanzminister muss die finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen.** Wenn der Innenminister mehr Leistung, mehr Präsenz und mehr Sicherheit fordert, der Finanzminister aber gleichzeitig auf die Bremse tritt, ist der Konflikt vorprogrammiert. Dann müssen die Beschäftigten die politische Rechnung bezahlen. **Das akzeptieren wir nicht.** Die Landesregierung muss sich entscheiden: Will sie eine leistungsfähige Polizei, die auf neue Bedrohungen reagieren kann? Oder will sie eine Polizei, die immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal erledigen soll? Beides gleichzeitig funktioniert nicht.

Liegenschaften: Desksharing statt funktionierender Ermittlungsarbeit? Während gleichzeitig Personal fehlt, wird über Homeoffice und Desksharing gesprochen. Natürlich kann es sinnvolle digitale und flexible Arbeitsmodelle geben. Aber sie dürfen nicht zum Ersatz für eine vernünftige Infrastruktur werden. Ermittlungsarbeit braucht Vertraulichkeit, geeignete Räume, funktionierende Teams und Möglichkeiten zum direkten Austausch. Es muss deshalb die Frage erlaubt sein: **Geht es hier noch um eine bessere Polizei – oder nur noch darum, möglichst viel Geld und Fläche einzusparen?** Polizeiarbeit ist kein beliebiger Verwaltungsprozess. **Wer Sicherheit organisieren will, muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen.**

Verfassungswidrige Besoldung: Danke sagen reicht nicht! Und dann ist da noch die Besoldung. Die Beschäftigten werden regelmäßig für ihren Einsatz, ihre Professionalität und ihre Belastbarkeit gelobt. Doch: **Von Lob kann niemand seine Miete bezahlen.**

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden

ISSN 0170-6446

Und schon gar nicht die steigenden Lebenshaltungskosten. Wenn die Besoldung verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht genügt, reicht es nicht, den Beschäftigten bei der nächsten Veranstaltung für ihre hervorragende Arbeit zu danken.

Wertschätzung muss sich auch auf dem Gehaltskonto bemerkbar machen. Wer ständig von der hohen Bedeutung der Polizei spricht, muss diese Bedeutung auch finanziell anerkennen. Alles andere ist Symbolpolitik.

An die Landesregierung: Die Beschäftigten sind nicht das Problem!

Die Beschäftigten haben die Veränderungen nicht verursacht. Sie haben den Personalmangel nicht beschlossen. Sie haben die Haushaltsvorgaben nicht gemacht. Sie haben die Zentralisierung nicht erfunden. Und sie haben auch nicht entschieden, welche Stellen künftig nicht mehr nachbesetzt werden. **Trotzdem sollen sie die Folgen auffangen.** Das ist nicht akzeptabel. Die Kolleginnen und Kollegen machen ihren Job. Sie halten den Laden am Laufen – trotz immer schwierigerer Rahmenbedingungen. Doch irgendwann reicht auch die größte Einsatzbereitschaft nicht mehr aus.

Motivation kann fehlendes Personal nicht ersetzen. Engagement kann keine Stellen besetzen. Lob kann keine Einsatzkräfte schaffen.

Wir brauchen keine weiteren Versprechen. Wir brauchen Entscheidungen.

Die GdP fordert deshalb von Innenminister und Finanzminister klare Antworten:

- **Stoppen Sie den Stellenabbau im Tarifbereich?**
- **Wie soll die Polizei in der Fläche präsent bleiben?**
- **Wie werden die zusätzlichen Aufgaben bewältigt?**
- **Wie wird die Besoldung endlich verfassungsgemäß ausgestaltet? Der vorgelegte Gesetzentwurf zur Besoldungsreparatur ist verfassungsrechtlich bedenklich!**
- Und vor allem: **Wie lange will die Landesregierung noch so tun, als sei alles in Ordnung?**

Schluss mit der Nabelschau! Die Zeit der freundlichen Bilder ist vorbei. Die Beschäftigten brauchen keine weitere Sommertour, bei der nur das gezeigt wird, was politisch ins Bild passt. Sie brauchen einen strategischen Plan, der durch den Finanzminister umgesetzt wird. Und sie brauchen einen Finanzminister, der begreift, dass **innere Sicherheit nicht mit Haushaltsarithmetik funktioniert.** Bedrohungslagen werden nicht kleiner. Aufgaben der Polizei werden nicht weniger. Anforderungen steigen. Und trotzdem soll Personal eingespart werden. **Das ist keine vorausschauende Sicherheitspolitik. Das ist ein gefährlicher Widerspruch.**

Wer Polizei will, muss Polizei finanzieren. Alles andere ist politische Schönfärberei. Die GdP wird deshalb weiterhin deutlich sagen, was andere vielleicht nicht hören wollen: **Die Polizei hat kein Motivationsproblem. Sie hat ein Ausstattungs-, Personal- und politisches Entscheidungsproblem.** Und dieses Problem lässt sich nicht mit Lob, neuen Organigrammen oder schönen Bildern von der Sommertour lösen.

Die Landesregierung muss endlich aufhören, sich selbst zu bestätigen, und anfangen, die Realität zur Kenntnis zu nehmen. **Denn irgendwann ist die Grenze erreicht. Und die ist näher, als manche glauben.**

Jens Mohrherr, Landesvorsitzender

WIESBADENER BÜRGER STEHEN HINTER IHRER POLIZEI

Vier Tage Bürgerdialog zeigen ein anderes Bild als die Sommertour des Innenministers

Während unser Innenminister im Rahmen seiner Sommertour ausgewählte Polizeidienststellen besuchte und anschließend von einer motivierten Polizei und einem attraktiven Arbeitgeber Hessen sprach, suchte die GdP den direkten Austausch mit den Menschen auf der Straße. Das Ergebnis hätte unterschiedlicher kaum ausfallen können: Die Bürgerinnen und Bürger stehen hinter ihrer Polizei – gleichzeitig wächst das Unverständnis darüber, dass ausgerechnet diejenigen, die täglich für die Sicherheit des Landes einstehen, seit Jahren um eine verfassungsgemäße Besoldung kämpfen müssen.

An insgesamt vier Tagen während der Sommerferien war die GdP mit ihrer Petition gegen den aus ihrer Sicht verfassungswidrigen Gesetzentwurf zur Besoldung in der Wiesbadener Innenstadt vertreten. Direkt am Mauritiusplatz, mitten im Herzen der Landeshauptstadt, informierten Kolleginnen und Kollegen über die Hintergründe der laufenden Online-Petition und suchten das persönliche Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Unterstützt wurde die Bezirksgruppe Westhessen von den Bezirksgruppen Einsatzpräsidium und Südosthessen sowie von engagierten Pensionärinnen und Pensionären aus Westhessen und Frankfurt am Main. Trotz hochsommerlicher Temperaturen wurden über Stunden hinweg unzählige Gespräche geführt – ehrlich, kritisch und vor allem ungefiltert.

Wertschätzung statt Polizeischelte

Wer derzeit die öffentliche Diskussion verfolgt, könnte den Eindruck gewinnen, die Polizei werde in der Gesellschaft zunehmend kritisch gesehen. Die Erfahrungen in Wiesbaden zeichnen jedoch ein anderes Bild.

Die große Mehrheit der Passantinnen und Passanten begegnete den Kolleginnen und Kollegen mit Respekt und Anerkennung. Immer wieder bedankten sich Menschen für den täglichen Einsatz der Polizei. Viele berichteten von eigenen positiven Erfahrungen oder machten deutlich, dass sie angesichts wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen froh seien, sich auf eine leistungsfähige Polizei verlassen zu können.

Besonders bemerkenswert war die große Bereitschaft, die Petition zu unterstützen. Viele Bürgerinnen und Bürger reagierten überrascht, als sie erfuhren, dass Hessens Polizeibeschäftigte noch immer für eine verfassungsgemäße Besoldung kämpfen müssen.

Natürlich gab es auch vereinzelte ablehnende Reaktionen. Einige verweigerten bewusst ihre Unterschrift mit der Begründung, grundsätzlich keine Polizei unterstützen zu





Fotos: GdP Hessen

wollen. Diese Stimmen blieben jedoch deutlich in der Minderheit.

„Die Gespräche haben uns gezeigt, dass die Menschen sehr genau unterscheiden können. Sie wissen, welche Verantwortung unsere Kolleginnen und Kollegen täglich übernehmen. Die Unterstützung war überwältigend und gleichzeitig ein deutliches Signal an die Politik: Wer Sicherheit erwartet, muss auch bereit sein, diejenigen angemessen zu behandeln, die diese Sicherheit gewährleisten“, erklärt GdP-Landeschef Jens Mohrherr.

Die Realität passt nicht zur politischen Selbstdarstellung

Während die GdP auf der Straße die tatsächliche Stimmung der Bevölkerung aufnahm, veröffentlichte das Hessische Innenministerium nach der Sommertour des Ministers eine Pressemitteilung, die den Eindruck vermittelt, Hessens Polizei befinde sich nahezu im Idealzustand.

Gut ausgestattet. Motiviert. Attraktiver Arbeitgeber. Offene Gespräche. Zufriedene Beschäftigte. Bleibt eigentlich nur eine Frage: **Bei welcher Polizei war der Innenminister eigentlich unterwegs?**

Denn wer regelmäßig Dienst versieht, erlebt vielerorts eine andere Wirklichkeit.

Dienstgruppen arbeiten seit Jahren an der Belastungsgrenze. Überstunden werden vor sich hergeschoben, freie Tage müssen immer häufiger geopfert werden, Personal fehlt an allen Ecken und Enden und die Zahl komplexer Einsatzlagen nimmt stetig zu. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an die Polizei kontinuierlich – personell und finanziell bleiben die Antworten der Politik jedoch aus.

Viele Kolleginnen und Kollegen empfinden deshalb die öffentlichen Erfolgsmeldungen zunehmend als Realitätsverweigerung. Wer tagtäglich erlebt, wie Dienstpläne nur noch unter größter Anstrengung funktionieren, wie Stellen unbesetzt bleiben und erfahrene Kräfte den Polizeidienst frustriert verlassen, erkennt sich in den offiziellen Verlautbarungen des Ministeriums kaum wieder.

Besoldung: ein Spiel auf Zeit

Besonders deutlich wird dieser Widerspruch beim Thema Besoldung.

Seit mehr als zehn Jahren kämpfen die Gewerkschaften für eine amtsangemessene Alimentation. In dieser Zeit haben zahlreiche Gerichte – bis hin zum Bundesverfassungsgericht – die Maßstäbe eindeutig formuliert und dem Gesetzgeber wiederholt ins Stammbuch geschrieben, dass erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Trotz dieser eindeutigen Rechtsprechung wartet Hessens Polizei bis heute auf eine dauerhaft verfassungsgemäße Lösung.

Statt Klarheit erleben die Beschäftigten immer neue Gesetzentwürfe, komplizierte Berechnungsmodelle und Übergangsregelungen. Immer neue Ankündigungen ersetzen seit Jahren die notwendige politische Entscheidung.

Aus Sicht der GdP entsteht der Eindruck, dass es weniger darum geht, den verfassungswidrigen Zustand endlich zu beenden, sondern vielmehr darum, die finanziellen Folgen möglichst lange hinauszuzögern.

Für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet das vor allem eines: Unsicherheit.

Viele sehen sich gezwungen, ihre Ansprüche gerichtlich geltend zu machen, obwohl die grundlegenden Maßstäbe längst höchstrichterlich definiert wurden. Ein Dienstherr, der seine Beschäftigten regelmäßig auf den Klageweg verweist, verspielt Vertrauen.

„Es ist schwer vermittelbar, warum Polizeibeschäftigte ihre verfassungsmäßigen Ansprüche immer wieder vor Gericht durchsetzen müssen. Ein moderner Dienstherr sollte Urteile nicht verwalten, sondern umsetzen. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben Anspruch auf Rechtssicherheit und nicht auf politische Verzögerungstaktik“, so Jens Mohrherr.

Wertschätzung darf nicht an der Besoldungsabrechnung enden

Politische Wertschätzung wird regelmäßig betont – nach schwierigen Einsatzlagen, bei Ehrungen oder in Pressemitteilungen.

Doch Wertschätzung zeigt sich nicht in Sonntagsreden.

Sie zeigt sich darin, wie ein Dienstherr seine Beschäftigten behandelt.

Wer von einem attraktiven Arbeitgeber redet, muss dafür sorgen, dass die Besoldung den Vorgaben des Grundgesetzes entspricht. Wer Nachwuchs gewinnen und erfahrene Kolleginnen und Kollegen im Beruf halten will, muss Verlässlichkeit bieten. Wer Spitzenleistungen erwartet, darf sich nicht dauerhaft hinter Haushaltsargumenten verstecken.

Die Attraktivität des Polizeiberufs entscheidet sich nicht allein an moderner Ausstattung oder Imagekampagnen. Sie entscheidet sich daran, ob Beschäftigte darauf vertrauen können, dass ihr Dienstherr Recht achtet, Verantwortung übernimmt und seine Zusagen einhält.

„Die Polizei erwartet keine Privilegien. Sie erwartet lediglich, dass der Dienstherr seine verfassungsrechtlichen Verpflichtungen erfüllt. Wer täglich Höchstleistungen verlangt, muss auch bereit sein, diese Leistung angemessen zu vergüten. Alles andere beschädigt Motivation, Vertrauen und letztlich auch die Attraktivität unseres Berufs“, betont Mohrherr.

Ein starkes Signal aus der Mitte der Gesellschaft

Die Aktion in Wiesbaden hat deutlich gemacht, dass die Bürgerinnen und Bürger die Forderungen der GdP verstehen. Viele unterschrieben die Petition nicht nur aus Solidarität mit der Polizei, sondern weil sie einen funktionierenden Rechtsstaat erwarten – und dazu gehört auch, dass der Staat gegenüber seinen

eigenen Beschäftigten Recht und Gesetz einhält.

Die vielen Gespräche haben Mut gemacht. Sie haben gezeigt, dass die Polizei in der Bevölkerung weiterhin auf breite Unterstützung zählen kann. Gleichzeitig sind sie ein deutlicher Auftrag an die Landespolitik.

Die hessische Polizei braucht keine inszenierten Sommertouren und keine Pressemitteilungen, die eine heile Welt beschreiben.

Sie braucht politische Entscheidungen.

Sie braucht einen Dienstherrn, der Urteile ernst nimmt.

Und sie braucht endlich eine Besoldung, die dem Grundgesetz entspricht.

Denn Anerkennung ist mehr als ein Dankeschön.

Anerkennung beginnt dort, wo der Dienstherr seiner Verantwortung gerecht wird. ∎





VIEL LOB, VIEL MATHEMATIK – ABER REICHT DAS FÜR ECHTE WERTSCHÄTZUNG?

Die hessische Besoldungsreform soll Attraktivität schaffen. Aus Sicht der GdP bleibt sie hinter dem zurück, was Polizei und öffentlicher Dienst tatsächlich brauchen

Von Jens Mohrherr

Es ist bemerkenswert, wie schnell eine gesetzliche Verpflichtung zu einer politischen Erfolgsgeschichte werden kann. Kaum ist das Hessische Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2026/2027 verabschiedet, präsentiert die Landesregierung die Reform als Beleg für eine attraktive, leistungsorientierte und zukunftsfähige Besoldung. Innenminister Roman Poseck spricht von einem „starken Fundament“ und davon, dass Hessen im Wettbewerb um die besten Köpfe gut aufgestellt sei. Wir als GdP sagen: So einfach ist es nicht. Ja, es gibt Verbesserungen. Die Besoldung steigt. Die Schicht- und Wechselschichtzulagen werden angehoben. Familienzuschläge werden erhöht. Das sind richtige Schritte. Aber richtige Schritte sind noch keine große Reform. Und schon gar kein Grund, sich politisch selbst zu feiern. Denn am Ende zählt nicht, wie attraktiv eine Pressemitteilung klingt. Es zählt, was bei unseren Kolleginnen und Kollegen tatsächlich ankommt.

Besoldung ist kein Geschenk

Zunächst müssen wir mit einem politischen Missverständnis aufräumen: Eine angemessene Besoldung ist keine freiwillige Wohltat des Dienstherrn. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben sich ihre Bezüge verdient. Sie leisten ihren Dienst unter Bedingungen, die mit vielen anderen Berufen nicht vergleichbar sind. Schichtdienst, Nachtarbeit, Wochenenden und Feiertage gehören ebenso dazu wie erhebliche gesundheitliche und psychische Belastungen, hohe Verantwortung und das persönliche Risiko, im Einsatz verletzt oder sogar getötet zu werden. Wer unter diesen Bedingungen arbeitet, braucht keine Dankesrede. Er braucht einen verlässlichen Dienstherrn. Deshalb akzeptieren wir auch die politische Erzählung nicht, wonach die Landesregierung den Beschäftigten großzügig „mehr gibt“. Der Staat erfüllt seine Verantwortung. Nicht mehr – aber auch nicht weniger. Und genau daran müssen wir ihn messen.

Unser Problem heißt nicht Mathematik – unser Problem heißt Lebenswirklichkeit

Besonders kritisch sehen wir das neue Familieneinkommensmodell. Die Landesregierung arbeitet mit statistischen Größen und einem fiktiven Partnereinkommen. Das mag mathematisch sauber konstruiert sein. Aber:

- *Fiktives Einkommen bleibt fiktives Einkommen.*
- *Es landet nicht auf dem Konto.*
- *Es bezahlt keine Miete.*
- *Es finanziert keine Kinderbetreuung.*
- *Es fängt keine steigenden Lebenshaltungskosten auf.*
- *Und es nimmt auch niemandem die tatsächliche Belastung des Familienalltags ab.*

Wir stellen deshalb eine grundsätzliche Frage: Warum muss die Besoldung so konstruiert werden, dass ein nicht vorhandenes Einkommen in die Betrachtung einfließt? Wenn eine Familie tatsächlich mit einem bestimmten Einkommen auskommen muss, dann muss auch diese Realität Maßstab sein.

Wir wollen deshalb Transparenz über sämtliche Berechnungsgrundlagen, Modellannahmen und Auswirkungen des neuen Besoldungsmodells. Und wir wollen, dass die Auswirkungen nicht nur von denjenigen bewertet werden, die das Modell politisch entwickelt haben. Wer rechnet, darf nicht gleichzeitig derjenige sein, der das Ergebnis für endgültig richtig erklärt. Unsere Forderung: Schluss mit der Schönrechnung.

Die GdP fordert deshalb eine unabhängige und nachvollziehbare Evaluation des neuen Besoldungsmodells. Dazu gehören aus unserer Sicht:

- *vollständige Offenlegung der Berechnungsgrundlagen,*
- *transparente Darstellung sämtlicher Modellannahmen,*
- *Berechnung realer Familien- und Lebenssituationen,*
- *unabhängige Überprüfung der Ergebnisse,*
- *regelmäßige Überprüfung der tatsächlichen Auswirkungen auf die Beschäftigten.*

Denn wir wollen kein Besoldungsmodell, das auf dem Papier funktioniert. Wir wollen eines, das im wirklichen Leben funktioniert.

Länderranking statt Lebensrealität?

Auch mit den immer wieder bemühten Spitzenplätzen im Ländervergleich können wir wenig anfangen. Natürlich ist es relevant, wie Hessen im Vergleich zu anderen Ländern abschneidet. Aber es ist nicht das entscheidende Kriterium. Unsere Kolleginnen und Kollegen leben nicht in einer Excel-Tabelle. Sie leben in Hessen. Sie zahlen hessische Mieten, hessische Energiepreise und hessische Lebenshaltungskosten. Gleichzeitig leisten sie Schichtdienst, arbeiten unter hoher Belastung und tragen Verantwortung, die der Staat nicht delegieren kann. Deshalb lautet unsere Frage nicht: „Auf welchem Platz liegt Hessen?“ Unsere Frage lautet: „Ist die Besoldung tatsächlich attraktiv genug, um Menschen für die Polizei zu gewinnen, sie langfristig zu halten und ihre Leistung angemessen zu honorieren?“ **Unsere Antwort lautet: Hier gibt es weiterhin erheblichen Handlungsbedarf.**

Das Landesticket ist keine Besoldung

Auch das Landesticket kann an dieser grundsätzlichen Bewertung nichts ändern. Wir begrüßen sinnvolle Zusatzleistungen. Aber wir weigern uns, solche Leistungen gegen die eigentliche Besoldung aufzurechnen. Ein Ticket ist ein Ticket. Besoldung ist Besoldung. Wer ein attraktives Einkommen schaffen will, muss das Grundgehalt attraktiv gestalten. Zusatzleistungen können eine gute Ergänzung sein. Sie dürfen aber nicht zum Argument werden, strukturelle Schwächen der Besoldung kleinzurechnen.

Wer die besten Köpfe will, muss sie auch entsprechend bezahlen

Die Landesregierung hat selbst erkannt, dass Hessen im Wettbewerb um qualifizierte Beschäftigte steht. Genau deshalb ist es widersprüchlich, einerseits von Fachkräftemangel und Konkurrenz um die besten Köpfe zu sprechen und andererseits jede weitere Verbesserung als haushaltspolitisches Problem darzustellen. Die Polizei konkurriert mit anderen Arbeitgebern. Und diese Konkurrenz wird härter. Deshalb fordert die GdP eine nachhaltige Attraktivitätsoffensive für die Polizei. Dazu gehören für uns insbesondere: eine wettbewerbsfähige Grundbesoldung, eine dauerhafte Aufwertung der besonders belasteten Dienstformen, eine angemessene Anerkennung von Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit, verlässliche berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und eine Besoldungsstruktur, die auch langjährige Erfahrung angemessen honoriert. Attraktivität darf nicht nur am Einstellungstag beginnen. Sie muss bis zum Ruhestand tragen.

Schichtdienst ist keine Fußnote

Gerade bei der Polizei wird gerne übersehen, was Schichtdienst tatsächlich bedeutet. Schichtdienst verändert das gesamte Leben. Er belastet Gesundheit und soziale Beziehungen. Er erschwert Familienleben und Freizeitplanung. Er bedeutet Arbeit dann, wenn andere frei haben. Deshalb begrüßen wir die vorgesehenen Verbesserungen bei Schicht- und Wechselschichtzulagen. Aber wir sagen auch: Das kann nur ein Anfang sein. Die besonderen Belastungen des Polizeiberufs müssen dauerhaft und angemessen berücksichtigt werden. Wir brauchen deshalb eine grundsätzliche Neubewertung der Zulagen für besonders belastende Dienstformen. Wer die 24/7-Fähigkeit der Polizei politisch fordert, muss auch bereit sein, die Menschen dahinter entsprechend zu honorieren.

Höheres Einstiegsgehalt darf nicht zur Mogelpackung werden

Auch bei der Abschaffung der ersten Erfahrungsstufe reicht es nicht, nur auf ein höheres Einstiegsgehalt zu verweisen. Eine Laufbahn dauert nicht ein Jahr. Sie dauert Jahrzehnte. Deshalb fordert die GdP eine transparente Betrachtung der gesamten Laufbahnentwicklung.

Wir wollen wissen: Wer gewinnt? Wer verliert? Wie entwickeln sich die Bezüge nach fünf, zehn, zwanzig oder dreißig Dienstjahren? Und wie wirkt sich die Reform auf diejenigen aus, die bereits heute im Dienst sind? Eine Reform darf nicht nur für die Pressekonferenz funktionieren. Sie muss über ein gesamtes Berufsleben funktionieren.

Verfassungskonformität ist keine Selbstbescheinigung

Besonders kritisch sehen wir die politische Aussage, mit dem Gesetz seien nun gleichzeitig gute Bezahlung, Finanzierbarkeit und Verfassungskonformität hergestellt. Das ist eine bemerkenswert selbstbewusste Feststellung. Wir erlauben uns, sie zu überprüfen. Denn Verfassungskonformität entsteht nicht dadurch, dass eine Landesregierung sie für sich beansprucht. Gerade die vergangenen Auseinandersetzungen um die Beamtenbesoldung zeigen, dass hier höchste Sorgfalt notwendig ist. Deshalb wird die GdP die Auswirkungen der Reform weiter kritisch begleiten. Und wenn sich zeigt, dass das Modell den tatsächlichen Anforderungen nicht gerecht wird, werden wir handeln. Nicht aus Prinzip. Sondern im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen.

Anzeige



Grone
WISSEN, DAS SIE WEITERBRINGT

Grone Bildungszentren Hessen GmbH - gemeinnützig
Gerbermühlstraße 11 · 60594 Frankfurt am Main
Telefon 069 4089987-0 · Fax 069 4089987-10
E-Mail: frankfurt@grone.de · www.grone.de



Foto: GdP Hessen

GdP-Vertreter mit O. Ulloth und K. Schleenbecker vom Petitionsausschuss bei der Übergabe der Petition vor dem Landtag

„Wir können das Geld nicht drucken" – aber Prioritäten setzen

Auch die Haushaltsargumentation der Landesregierung überzeugt uns nur teilweise. Ja: Das Land muss mit öffentlichen Mitteln verantwortungsvoll umgehen. Aber Haushaltsdisziplin darf nicht zum Totschlagargument gegen jede berechtigte Forderung der Beschäftigten werden. Der Staat kann sehr wohl politische Prioritäten setzen. Und innere Sicherheit gehört für uns eindeutig zu diesen Prioritäten. Denn was kostet es, wenn qualifizierte Menschen nicht zur Polizei kommen? Was kostet es, wenn erfahrene Kolleginnen und Kollegen frustriert den Dienst verlassen? Was kostet es, wenn Überlastung zum Dauerzustand wird? Was kostet es, wenn Stellen nicht besetzt werden können? Und was kostet es, wenn die Leistungsfähigkeit der Polizei schleichend sinkt?

Nicht zu investieren ist ebenfalls eine politische Entscheidung. Und manchmal ist sie die teurere.

Die Polizei ist kein Lohndämpfungsinstrument

Deshalb weisen wir auch den Hinweis zurück, höhere Gehälter im öffentlichen Dienst könnten Mittelstand, Handwerk oder Wirtschaft unter Druck setzen. Natürlich müssen die Interessen der Wirtschaft berücksichtigt werden. Aber die Polizei ist kein Lohndämpfungsinstrument für andere Arbeitgeber. Der Staat kann nicht sagen: „Wir brauchen die besten Köpfe." Und gleichzeitig: „Aber bitte nicht so viel bezahlen." Das funktioniert nicht. Wer qualifizierte Menschen gewinnen will, muss ihnen ein Angebot machen, das im Wettbewerb besteht. Nicht nur heute. Sondern über das gesamte Berufsleben.

Unsere Forderungen sind klar: Die GdP Hessen wird deshalb die Besoldungsentwicklung nicht an politischen Erfolgsmeldungen messen, sondern an der Realität unserer Kolleginnen und Kollegen.

Kernforderungen der GdP Hessen

1. Echte Besoldung statt Schönrechnung: Die Besoldung muss sich an der tatsächlichen Lebenswirklichkeit unserer Kolleginnen und Kollegen orientieren. Fiktive Partnereinkommen dürfen nicht dazu dienen, den tatsächlichen Besoldungsbedarf kleinzurechnen.

Unsere Forderung: Das Familieneinkommensmodell muss transparent, nachvollziehbar und unabhängig überprüfbar sein. Wo die tatsächliche Lebenssituation eine höhere Alimentation erfordert, muss der Dienstherr entsprechend nachbessern.

2. Wettbewerbsfähige Grundbesoldung statt Länderranking: Nicht der Tabellenplatz im Ländervergleich entscheidet über Attraktivität, sondern das, was am Ende des Monats tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt.

Unsere Forderung: Hessen muss die Grundbesoldung so ausgestalten, dass Polizei und öffentlicher Dienst dauerhaft konkurrenzfähig sind – unter Berücksichtigung von Lebenshaltungskosten, Verantwortung, Qualifikation und den besonderen Anforderungen des Polizeiberufs.

3. Besondere Belastung muss besonders honoriert werden: Schicht-, Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienst sind keine normalen Arbeitsbedingungen. Sie belasten Gesundheit, Familienleben und soziale Teilhabe.

Unsere Forderung: eine dauerhafte und deutliche Aufwertung der Zulagen für besonders belastende Dienstformen. Wer die 24/7-Einsatzfähigkeit der Polizei verlangt, muss auch bereit sein, die Menschen dahinter entsprechend zu bezahlen.

4. Faire Besoldung über das gesamte Berufsleben: Attraktivität darf nicht am ersten Diensttag enden. Eine Besoldungsreform muss auch für diejenigen funktionieren, die seit vielen Jahren ihren Dienst leisten.

Unsere Forderung: transparente und faire Laufbahnentwicklung sowie eine nachvollziehbare Bewertung der Auswirkungen der Reform über das gesamte Berufsleben. Es darf keine Reform zulasten bereits Beschäftigter geben.

5. Verlässlichkeit statt politischer Selbstbescheinigung: Die Landesregierung kann die eigene Reform für gelungen und verfassungskonform halten. Entscheidend ist aber, ob sie sich in der Praxis bewährt.

Unsere Forderung: eine unabhängige Evaluation der Besoldungsreform und die verbindliche Bereitschaft des Landes, nachzusteuern, wenn sich tatsächliche oder verfassungsrechtliche Defizite zeigen.

Der gemeinsame Nenner

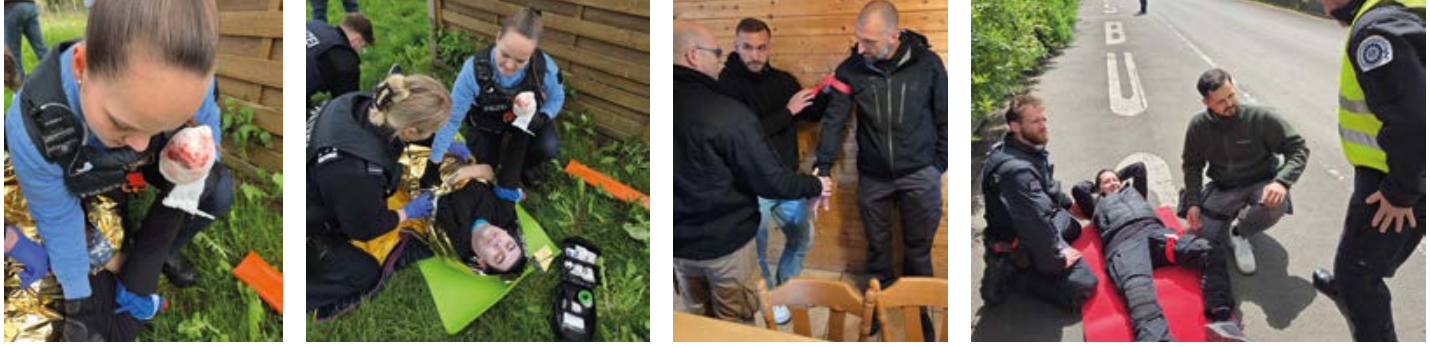
Die GdP will keine politische Wohlfühlrechnung. Wir wollen eine Besoldung, die im echten Leben funktioniert. Keine fiktiven Einkommen. Keine Schönrechnung. Keine Sonntagsreden. Sondern faire Bezahlung für eine Polizei, die jeden Tag Verantwortung für diesen Staat übernimmt. Am Ende zählt, was bei den Menschen ankommt. Die Debatte über Besoldung darf nicht bei Prozentzahlen enden: 3,02 Prozent. 2,8 Prozent. 87 Euro. 750 Millionen Euro. Das sind Zahlen. Aber hinter diesen Zahlen stehen Menschen. Menschen, die nachts Dienst machen. Menschen, die ihre Familien an Feiertagen nicht sehen. Menschen, die in gefährliche Situationen geschickt werden. Menschen, die Verantwortung übernehmen, wenn andere längst nach Hause gegangen sind. Und Menschen, die irgendwann entscheiden müssen, ob sie diesen Beruf ihren Kindern noch empfehlen würden.

Darum geht es

Nicht um politische Selbstbeweihräucherung. Nicht um Tabellenplätze. Nicht um fiktive Einkommen. Und auch nicht um die Frage, wie gut sich eine Besoldungsreform in einer Pressemitteilung verkaufen lässt. Es geht um die Frage, was uns die Menschen wert sind, die unseren Staat jeden Tag schützen und handlungsfähig halten.

Unsere Antwort als GdP ist eindeutig: Unsere Kolleginnen und Kollegen sind mehr wert als schöne Worte. Deshalb werden wir weiter Druck machen. Für eine faire Grundbesoldung. Für eine angemessene Anerkennung der besonderen Belastungen. Für transparente und nachvollziehbare Besoldungsmodelle. Für eine gerechte Entwicklung über das gesamte Berufsleben. Und für einen Dienstherrn, der nicht nur dann von Wertschätzung spricht, wenn er seine Polizei für den nächsten Einsatz braucht. Wer eine starke Polizei will, muss bereit sein, für eine starke Polizei zu investieren.

Das ist keine überzogene Forderung. Das ist eine Frage politischer Verantwortung! ▮



Fotos: GdP Hessen

16. APRIL 2026: LANDGASTHOF BECHTEL, ZELLA-WILLINGSHAUSEN

Erste Hilfe im Einsatzfall – Grundkurs

Versorgung von Stich- und Schussverletzungen

Am 16. April 2026 besuchte ich das Grundseminar „Erste Hilfe im Einsatzfall: Versorgung von Stich- und Schussverletzungen“ im Landgasthof Bechtel in Zella-Willingshausen.

Bereits zur Begrüßung setzte der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP, Stefan Rüppel, den Rahmen für die Veranstaltung und unterstrich die zunehmende Bedeutung von medizinischem Wissen in polizeilichen Einsatzsituationen.

Im Anschluss folgte die Vorstellung des großen Teams erfahrener Dozenten aus den Bereichen Rettungsdienst und taktische Notfallmedizin, was direkt die hohe fachliche Qualität des Seminars hervorhob.

Im Theorieteil ging es direkt zur Sache. Anhand von Videos realer Messerangriffe wurde mir vor Augen geführt, was für eine hohe Dynamik und Unvorhersehbarkeit solche Lagen aufweisen und wie schnell sich Situationen zuspitzen können.

Thematisiert wurden außerdem unterschiedliche Gefahrenzonen innerhalb taktischer Einsatzlagen sowie die wichtige Zusammenarbeit mit medizinischen Fachkräften. Gleichzeitig wurde deutlich, dass es auch Einsatzlagen geben kann, in denen der Rettungsdienst nicht oder noch nicht eingreifen kann und wir als Polizei die Einzigen sind, die in diesem Moment Erste Hilfe leisten können.

Einen zentralen Bestandteil bildete das sogenannte X/C-ABCDE-Schema, das als strukturierter Leitfaden für die Versorgung von Verletzten dient. Auch scheinbar einfache Maßnahmen wie das richtige Anlegen einer Rettungsdecke wurden praxisnah erklärt.

Nach der Theorie folgte der Übergang in die Praxis. Die Teilnehmenden wurden in zwei Gruppen aufgeteilt und übten zunächst paarweise das Anlegen eines Tourniquets sowie einer Israeli Bandage. Gerade hier habe ich gemerkt, wie wichtig Routine und sichere Handgriffe sind, denn im Ernstfall zählt jede Sekunde.

Nach einer Stärkung durch ein reichhaltiges und leckeres Mittagsbuffet ging es in den anspruchsvollsten und gleichzeitig spannendsten Teil des Seminars: das Szenariotraining. In insgesamt vier Szenarien, die unterschiedliche Schwierigkeitsgrade und Gefahrenzonen abbildeten, konnten wir unser bis dahin gesammeltes Wissen anwenden. Diese wurden durch ein speziell geschultes Team für realistische Unfalldarstellung inszeniert und begleitet, wodurch die Lagen besonders realistisch wirkten. Die Bandbreite reichte von einer einfachen Schürfwunde am Bein über eine dramatische Amputation nach einem Kettensägenunfall bis hin zu einer Schlägerei in einer Kneipe und einer Messerstecherei. In Dreierteams mussten die Situationen eingeschätzt, abgesichert und die Verletzten entsprechend versorgt werden. Jede Lage hatte ihre eigenen Herausforderungen und hat uns gefordert, schnell zu entscheiden, richtig zu priorisieren und als Team zu funktionieren.

Zum Abschluss gab es noch einen kleinen Wettbewerb, bei dem wir zeigen konnten, wie schnell und sicher wir ein Tourniquet oder eine Israeli Bandage anlegen können. Das hat nicht nur Spaß gemacht, sondern auch gezeigt, wie viel wir an nur einem Tag gelernt haben.

Mein Fazit: Dieses Seminar war extrem praxisnah, fordernd und gleichzeitig unglaublich lehrreich. Für uns als angehende Polizeibeamtinnen und -beamte ist taktische Medizin ein unverzichtbarer Bestandteil der Ausbildung. Ich freue mich jetzt schon drauf, mein Wissen in Teil 2 und 3 zu vertiefen.

An dieser Stelle ein riesiges Dankeschön an die GdP für die Möglichkeit, an so einem Seminar teilnehmen zu können, sowie an den Landgasthof Bechtel für die Gastfreundlichkeit und die hervorragende Verpflegung über den gesamten Tag.

Hanna Wiesner


© Uryadnikov Sergey - stock.adobe.com

Gewerkschaft der Polizei
Hessen

MITMACHEN & GEWINNEN!

Wir schauen genauer hin!

ENDLICH VERFASSUNGS-KONFORME BESOLDUNG!

Hessen muss seinen Beamtinnen und Beamten mehr zahlen – das ist juristisch unstrittig. Einigkeit über die Reformpläne der CDU/SPD-Koalition für das Besoldungssystem herrscht im Landtag aber nicht. Die GdP sagt, die Verfassungskonformität darf nicht an der Haushaltslage scheitern.

WIR FORDERN:

- ☑ eine Besoldung, die verfassungsgemäß, konkurrenzfähig und wertschätzend ist
- ☑ eine verfassungskonforme Besoldung in einem Schritt für die Zukunft
- ☑ eine strukturierte, rechtssichere Regelung der Vergangenheit

→ Homepage

GEMEINSAM SEHEN WIR KLARER, DESHALB JETZT MITGLIED WERDEN! VOM 01.09. BIS 14.12.2026 LAUFEN UNSERE VERLOSUNGSAKTIONEN FÜR WERBENDE UND NEUMITGLIEDER. ZU GEWINNEN GIBT ES:

Tankgutscheine 2 Stück à 1.000 Euro, 2 Stück à 500 Euro, 2 Stück à 250 Euro

Weitere Infos auf unserer Homepage. Wir drücken Euch die Daumen!

→ Beitritt

Gewerkschaft der Polizei · Landesbezirk Hessen · Wilhelmstraße 60 a · 65183 Wiesbaden · GdP-Hessen@gdp.de · www.gdp.de/hessen